Haushaltsrede von Bürgermeister

Jörg von Borczyskowski

zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2027

in den Rat der Stadt Gronau (Westf.) am 18.11.2026

Sperrfrist: 18.11.2026, Ende der Rede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Mehr Geld heilt keinen Staat, der nie Nein sagt!“[1] so befand der Chefredakteur der Fachzeitschrift KOMMUNAL in einem Leitartikel zur kommunalen Finanzmisere. Es ging im Weiteren um die Themen Kreditaufnahmen, Abbau von Investitionsstaus, Generationengerechtigkeit und um einen ehrlichen Austausch mit der Bürgerschaft über notwendige Leistungskürzungen. Zugleich verortete er das notwendige Rückgrat und den Mut für diese Mammutaufgabe bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der deutschen Städte und Gemeinden und damit natürlich auch bei ihren Räten und damit bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates.

In seinen Augen sind wir offenbar die letzte Haltelinie, um die finanziellen Fehlentwicklungen in unserem Land aufzuhalten und die notwendige Ehrlichkeit und Verantwortung aufzubringen, um die Trendwende einzuleiten – mehr Druck geht ja kaum noch, aber ein Stück weit scheint es wohl so zu sein, wenn man die Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene verfolgt. Nach Einschätzungen führender Ökonomen steuert Deutschland auf eine tiefgreifende Haushaltskrise ab dem Jahr 2028 zu.[2] Sie kommen zu dem Urteil, dass die aktuelle Haushaltspolitik so nicht dauerhaft durchzuhalten ist.

Was heißt das für uns in Gronau und Epe? Wie sieht es in unserer Stadt aus?

Wer Verantwortung für seine Stadt übernimmt, der möchte gestalten. Er möchte etwas bewegen, neue Ideen verwirklichen und Dinge verbessern. Kurzum: dafür sorgen, dass seine Stadt auch morgen noch ein guter Ort zum Leben ist. Das gilt für Sie als gewählte Mitglieder dieses Rates und das gilt selbstverständlich auch für mich als Bürgermeister.

Niemand von uns ist angetreten, um vor allem darüber zu sprechen, was wir uns nicht mehr leisten können. Und trotzdem ist genau das heute unsere Aufgabe. Ich habe das im Wahlkampf bereits angekündigt und nach einem Jahr im Amt kann ich Ihnen und der Bürgerschaft eine ehrliche Lageeinschätzung geben.

Wir müssen über die finanzielle Zukunft unserer Stadt sprechen. Über Entscheidungen, die uns nicht leichtfallen werden. Über Wünsche, die wir zurückstellen werden müssen. Über schwierige und kontroverse Diskussionen mit unserer Bürgerschaft und über eine Verantwortung, der wir nicht ausweichen können.

Wir müssen heute den Mut haben, Grenzen zu setzen, damit wir morgen noch Möglichkeiten haben, zu gestalten. Wir werden Rückgrat zeigen und die Aufgabe

---

[1] Christian Erhardt-Maciejewski, „Neue Kredite für Kommunen: Feigheit auf Pump“, Kommunal, 29.10.2026

[2] DER SPIEGEL, „Ökonomen warnen vor schwerer Haushaltskrise ab 2028“, 14.11.2026

gemeinsam bewältigen. Für die kommenden Generationen und die Zukunft unserer Stadt!

Das ist die zentrale Botschaft des Haushaltsentwurfs 2027, welchen wir Ihnen heute vorlegen werden.

Und es ist die Botschaft, die ich auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt mitgeben möchte. Wir stehen vor schwierigen Jahren. Unsere finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt und wir werden nicht jeden Wunsch erfüllen können.

Aber wir haben es noch selbst in der Hand, wie wir mit dieser Situation umgehen. Noch können wir entscheiden, wo wir sparen, was wir schützen und welche Prioritäten wir für unsere Stadt setzen.

Diese Freiheit sollten wir nutzen, bevor wir sie verlieren!

Meine Damen und Herren, vor gut einem Jahr habe ich das Amt des Bürgermeisters übernommen und mir war von Anfang an bewusst, dass die finanzielle Situation unserer Stadt zu den größten Herausforderungen dieser Amtszeit gehören würde.

Und ich habe ebenso deutlich gemacht, dass wir diese Herausforderung nicht allein mit Appellen oder der Hoffnung auf bessere Zeiten bewältigen können. Das gilt für die Politik, aber das gilt genauso für die Verwaltung.

Deshalb war es mir in meinem ersten Amtsjahr besonders wichtig, gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Prozess anzustoßen, welcher unsere bisherigen Ausgaben und Arbeitsweisen konsequent hinterfragt.

Nicht nach dem Motto: Das haben wir immer schon so gemacht, und wie können wir das irgendwie weitermachen, sondern mit der Frage: Was können wir unter den heutigen Bedingungen noch verantworten? Was müssen wir anders machen? Und worauf müssen wir künftig vielleicht verzichten?

Das ist ein grundlegender Perspektivwechsel und ich glaube: Dieser Prozess hat unserer Verwaltung viel abverlangt. **Ich** habe meinen Mitarbeitenden viel abverlangt, aber ich sage Ihnen auch deutlich: Ich verlange nichts, wozu ich nicht auch selber bereit bin!

Natürlich hängen auch die Kolleginnen und Kollegen an den Aufgaben und Projekten, für die sie Verantwortung tragen. Natürlich gibt es gute Gründe für vieles, was wir in dieser Stadt bisher gemacht haben, aber wir haben uns gemeinsam der Erkenntnis gestellt, dass gute Gründe allein nicht mehr ausreichen, wenn das Geld fehlt. Darum bin ich **stolz** auf meine Mitarbeitenden, dass sie die Herausforderung angenommen und sich ihr gestellt haben und dafür **danke** ich ihnen ausdrücklich!

Denn nicht alles, was richtig und wünschenswert ist, können wir uns auch weiterhin leisten.

Darum empfehle ich Ihnen ein mehrstufiges Verfahren, um die Aufgabe anzugehen:

Schritt 01: Investitionen prüfen und priorisieren

Schritt 02: Ausgaben bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften zurückfahren

Schritt 03: Begleitend die Verwaltung modern und effizient umstrukturieren

Schritt 04: Ehrliche Bewertung der Einnahmenseite als Ultima Ratio

Wie Sie sehen, tatsächlich eine Mammutaufgabe, welche uns mehrere Jahre beschäftigen wird. Wir müssen einen Marathon laufen und kein Sprint, denn was über Jahre fehlgelenkt wurde, kann nicht im Handumdrehen umgekehrt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir den Haushaltsentwurf 2027 erarbeitet, denn Sie, meine Damen und Herren des Rates,

haben uns einen klaren Auftrag gegeben. Sie wollten, dass wir Sparpotenziale identifizieren, die Investitionen kritisch überprüfen und Ihnen eine Priorisierung empfehlen.

Wir haben diesen Auftrag angenommen. Und ich möchte Ihnen zum ersten Schritt folgendes empfehlen:

Die Baumaßnahmen ehem. Synagoge „Haus Lebenstein“ in Epe und Turnhalle an der Marschallstraße in Gronau sind abgeschlossen und in Betrieb gegangen. Ebenso ist der 3. und 4. Bauabschnitt der Innenstadtsanierung in der Neustraße abgeschlossen. Ministerin Scharrenbach hat kürzlich Ihre Unterstützung zugesagt, den 3. Bauabschnitt mit Städtebaufördermitteln um den Bereich der Franz-Kerkhoff-Straße und die Verlängerung der Enscheder Straße zu ergänzen. Die Unterkunft für obdachlose Männer am Drosselweg steht kurz vor der Fertigstellung. Leider sind wir hier durch äußere Einflüsse im Verzug, arbeiten aber mit Hochdruck daran, das aufzuholen.

Folgende Maßnahmen, die beschlossen wurden und laufen, werden natürlich fertiggestellt: das historische Rathaus, die Erweiterungen des Gymnasiums, der Martin-Luther-Schule und der erste Bauabschnitt der Realschule. Ebenso der Neubau der Grüne-Aue-Schule und der Großsportanlage in den Eper Bülten, sowie die Sanierung der Sporthalle an der Gasstraße.

Im Tiefbaubereich laufen – eigene und fremde - Infrastrukturmaßnahmen weiter oder werden aktuell zusammen mit dem Landesbetrieb Straßenbau vorbereitet. Der 2. Bauabschnitt der Ochtruper Straße geht dem Ende entgegen. Anfang des Jahres starten die Versorgungsträger im dritten Abschnitt, bevor im April das Abwasserwerk mit dem Stauraumkanal weitermacht. Der Endausbau der Straße folgt dann ab Winter 2027 bis Mitte 2028.

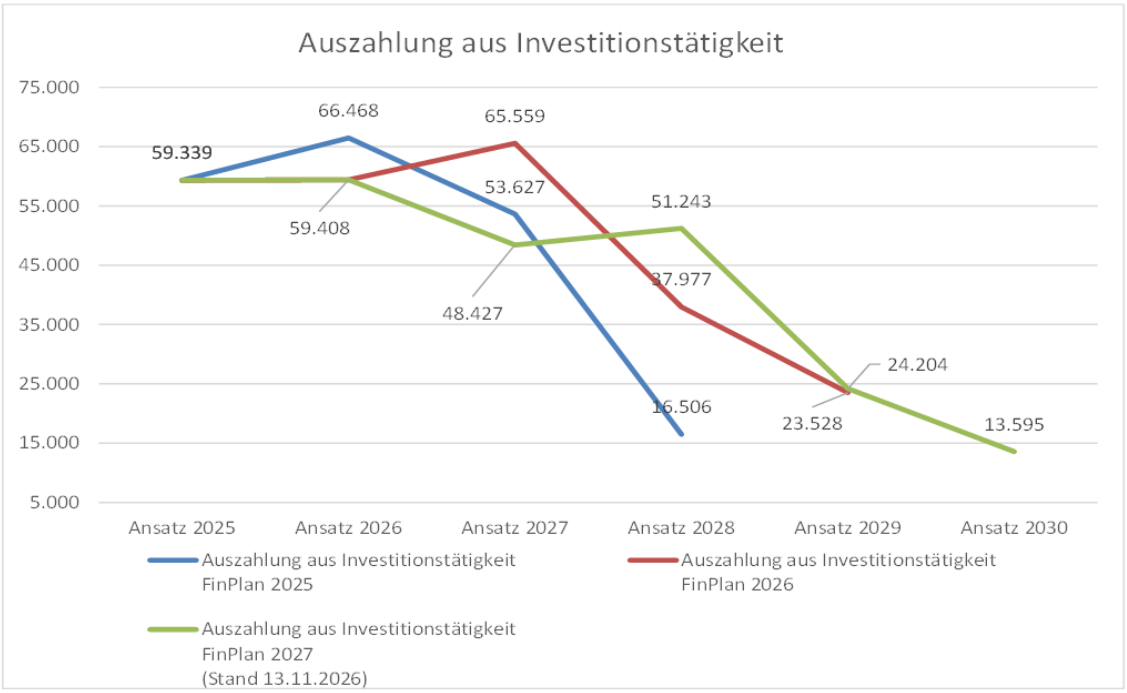
Zwischen Ochtrup und Gronau wird vom Landesbetrieb Straßenbau im nächsten Jahr der Radweg entlang der Landesstraße gebaut. Im Februar wird es voraussichtlich den ersten Spatenstich dafür geben. Zusammen mit dem Landesbetrieb und dem Abwasserwerk erfolgt im kommenden Jahr der Kreuzungsumbau Ochtruper Str., Düppelstraße und An der Eßseite. Im Rahmen dieser Baumaßnahme wird die Radwegeführung optimiert und für den Veloroutenstandard vorbereitet.

Geplant wird auch der Kreuzungsumbau Hermann-Ehlers-Str. und Eper Str. Dieser Kreuzungsbereich ist als Unfallschwerpunkt dringend umzubauen. Außerdem wird die Straßenausbauliste nach den vorgegebenen Prioritäten weiter abgearbeitet.

Als neue Maßnahmen schlagen wir weiterhin den Bau der Buterlandschule, sowie die Errichtung der EUREGIO Geschäftsstelle vor und die pflichtigen Ausbauten der verschiedenen OGS Standorte – weitere Maßnahmen sind nicht vorgesehen und damit können Sie sehen, dass es sich nicht nur um ein paar kosmetische Korrekturen handelt.

Das hat natürlich Auswirkungen auf die Eckdaten unserer Haushaltssatzung. Ganz konkret sinken die Verpflichtungsermächtigungen von zuletzt 41 Millionen Euro auf nun aktuell 22 Millionen Euro und die Höhe der empfohlenen Kreditaufnahmen für Investitionen von 24 Millionen Euro auf 15,7 Millionen Euro.

Entwicklung des Investitionsvolumens



3

Im Ergebnis legen wir einen Haushaltsentwurf vor, der bei den Einsparvorschlägen auf der Investitionsseite bis an die Grenze dessen geht, was wir als Verwaltung für machbar und vertretbar halten.

Das bedeutet nicht, dass uns alle diese Vorschläge gefallen und es bedeutet schon gar nicht, dass wir die bisherigen Ausgaben und Projekte für überflüssig halten. Es bedeutet, dass wir die finanzielle Realität anerkennen. Es bedeutet, dass wir bereit sind, die Konsequenzen daraus zu ziehen, auch wenn es zum Beispiel heißt, den zweiten Bauabschnitt der Realschule **doch** zu verschieben. Ich finde, das ist ein wichtiger Unterschied, denn Sparen ist kein Selbstzweck.

Wir sparen, damit wir auch in Zukunft noch etwas für unsere Stadt tun können und um künftigen Generationen auch noch Gestaltungsoptionen offen zu lassen.

Bei diesem Prozess haben wir eine weitere bewusste Entscheidung getroffen:

Es war uns wichtig, gerade jene freiwilligen Leistungen zu schützen, mit denen unsere Stadt gezielt soziale und gesellschaftliche Akzente setzt. Angebote für Kinder und Jugendliche. Unterstützung im sozialen Bereich. Leistungen, die Teilhabe ermöglichen und den Zusammenhalt in unserer Stadt stärken, sowie kulturelle Vielfalt und sportliches Engagement.

Aus diesem Grunde sind im Entwurf diese Leistungen alle noch enthalten. Das gilt natürlich auch für die Leistungen, welche durch unsere Tochtergesellschaften erbracht werden. Außer den Stadtwerken sind alle unsere weiteren Gesellschaften dauerdefizitär und der Zuschussbetrag beläuft sich in Summe auf ca. 4 Millionen Euro pro Jahr. Das ist auch nachvollziehbar, denn diese Gesellschaften sind genau in dem Bereich tätig, wo freiwillige Leistungen erbracht werden.

---

[3] Grafik: Stadt Gronau

Unsere Stadt ist aber mehr als ihre Straßen, Gebäude und Verwaltungsabläufe.

Gronau lebt von den Menschen, die hier wohnen. Von Familien, Kindern und Jugendlichen. Von Vereinen, Initiativen und Einrichtungen. Von Menschen, die sich engagieren, Verantwortung übernehmen oder auf Unterstützung angewiesen sind.

Wir halten es für richtig, diese Prioritäten auch in schwierigen Zeiten nicht leichtfertig aufzugeben. Deshalb haben wir diese Bereiche bei unseren Einsparvorschlägen bewusst geschont und es wird die gemeinsame Aufgabe von Verwaltung und Rat sein, hier den zweiten Schritt anzugehen. Denn wenn wir bestimmte Leistungen schützen wollen, müssen wir an anderer Stelle umso konsequenter sparen.

Prioritäten setzen heißt eben nicht nur, zu sagen, was einem wichtig ist. Es heißt auch, zu entscheiden, worauf man dafür verzichtet.

Leider steigen die im Dezernat 3 verorteten Leistungen im pflichtigen Bereich immer weiter an. Beispielhaft möchte ich Ihnen hierzu die Kostenentwicklung der Kindertagesbetreuung nennen: zum Stichtag am 30.09. des laufenden Jahres lag der Eigenanteil mit rund 12,2 Millionen Euro schon 1,2 Millionen Euro über dem Ergebnis 2025, welches bei 11 Millionen Euro lag. Das heißt für den Entwurf des Haushaltes 2027, dass wir von einem Planansatz von 16,5 Millionen Euro ausgehen.

Oder die Hilfen zur Erziehung: im Ergebnis 2024 noch bei 9,6 Millionen Euro verortet liegen sie in der Planung 2027 bei 11,5 Millionen Euro. Eine Steigerung von plus 20 Prozent. Der Ausbau der OGS führt sogar zu einer Verdoppelung in unserem Haushalt mit einem Planansatz von rund 1,3 Millionen Euro. Zum Vergleich: im Jahr 2024 schlugen hierfür 650 TEURO zu Buche. Tendenz steigend! Leider haben wir auf diese Faktoren so gut wie keinen Einfluss, dennoch bitte ich Sie, behalten Sie diese Entwicklung in Erinnerung, denn ich werde später noch näher darauf eingehen.

Meine Damen und Herren,

wenn Sie nun noch bedenken, dass uns neben all diesen Entwicklungen im laufenden Jahr eine Steuerrückforderung in Höhe von 11,5 Millionen Euro für die vergangenen Jahre 2021 - 2024 ins Haus flatterte und wir **keine** Steuererhöhungen eingeplant haben, dann wird es Sie sicherlich überraschen, dass Ihnen trotzdem ein Entwurf mit einem **fiktiven** Haushaltsausgleich vorliegt!

Das ist zunächst einmal eine gute Nachricht, wenn Sie sich daran erinnern, wie die Situation noch vor einem Jahr aussah. Damals hätten wohl nur wenige darauf gewettet, dass uns ein solcher Haushaltsausgleich für 2027 noch einmal gelingen könnte.

Haushaltsparameter 2027

Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals

Status Quo: Gewerbesteuererstattung in HHJ 2025 berechnet

Bilanzposten	HHJ 2025	HHJ 2026	HHJ 2027	HHJ 2028	HHJ 2029	HHJ 2030
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	€	€	€	€	€	€
Allgemeine Rücklage	62.016.276	53.171.259	50.331.551	50.331.551	50.331.551	50.331.551
Eigenkapitalerhöhung durch Altschuldenentlastung (ASEG NRW)	0	918.093	0	0	0	0
Berücksichtigung des Verlustvortrags nach 3 Jahren	0	0	0	0	0	-33.206.062
Allgemeine Rücklage (Summe)	62.016.276	54.089.351	50.331.551	50.331.551	50.331.551	17.125.489
Sonderrücklagen	0	0	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	21.672.587	0	0	0	0	0
Bilanzieller Verlustvortrag (kumuliert)	0	0	0	-33.206.062	-58.516.449	-48.377.604
Jahresergebnis	-30.517.604	-3.757.800	-33.206.062	-25.310.387	-23.067.217	-21.102.072
Summe Eigenkapital	**53.171.259**	**50.331.551**	**17.125.489**	**-8.184.898**	**-31.252.115**	**-52.354.187**
Verrechnung mit der allg. Rücklage	-8.845.017	-3.757.800	0	0	0	-33.206.062
	-14,26%	-6,95%				-65,97%

[4]

Dass wir heute einen entsprechenden Entwurf vorlegen können, ist das Ergebnis erheblicher Anstrengungen in allen Fachschafften der Verwaltung, sowie das Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten, welche uns zur Verfügung stehen.

Es ist eine Leistung, die Anerkennung verdient, nicht nur für die Arbeit in der Kämmerei, sondern an alle Mitarbeitenden im ganzen Haus – vielen Dank!

Aber – und das ist mir heute besonders wichtig:

Ein fiktiv ausgeglichener Haushalt ist noch lange kein finanziell gesunder Haushalt.

Denn hinter diesem Ausgleich steht weiterhin ein prognostiziertes Defizit von 33,2 Millionen Euro. **33 Millionen Euro!!!** Das ist die Größenordnung, über die wir hier sprechen!

Und wer einen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung wirft, der erkennt schnell: die Situation wird in den kommenden Jahren nicht einfach besser. Wir können uns also nicht zurücklehnen und sagen: Noch einmal geschafft, dann sehen wir im nächsten Jahr mal weiter. Das wäre die falsche Schlussfolgerung.

Denn wir haben mit großen Anstrengungen einen fiktiven Ausgleich erreicht und Sie haben eine Empfehlung, wie Sie zukünftig mit Investitionen umgehen sollen, aber wir haben damit unsere strukturellen Finanzprobleme bei weitem nicht gelöst.

Wir haben Zeit gewonnen - nicht die Krise überwunden. Wir stehen am Anfang!

Hinzu kommt, dass wir nicht allein über unsere finanzielle Situation entscheiden. Während wir innerhalb der Verwaltung jeden Euro hinterfragen sollen, wachsen an anderer Stelle die Belastungen unaufhaltsam weiter. Insbesondere die steigenden Umlagen an den Kreis und an den Landschaftsverband belasten unseren Haushalt erheblich.

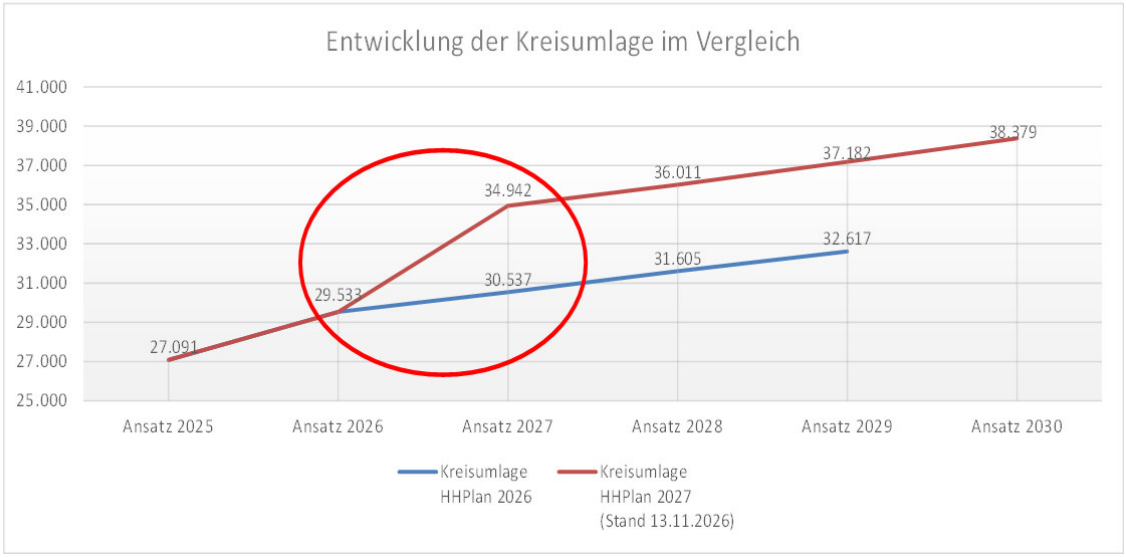
Auch dort müssen Aufgaben finanziert werden, auch dort steigen die Kosten, das ist schon klar und mir ist auch bewusst, dass der Kreis die Gelder größtenteils an den Landschaftsverband weiterreicht, aber für uns bedeutet das: Einsparungen, die wir mit

[4] Grafik: Stadt Gronau

erheblichem Aufwand erreichen, werden durch zusätzliche Umlagebelastungen teilweise unmittelbar wieder aufgezehrt.

Wir sparen – und müssen trotzdem mehr bezahlen. Wir gehen in unserem Haushaltsentwurf von 4 Millionen Euro zusätzlicher Kreisumlage aus – Jahr für Jahr! Das zeigt, wie tiefgreifend die finanzielle Schieflage inzwischen ist. Allerdings gehört zur Ehrlichkeit auch dazu, dass der Kreis erst jetzt mit der wahren Entwicklung seiner Finanzlage an die Kommunen herantritt:

Entwicklung der Kreisumlage im Vergleich



[5]

Deutlich können Sie den Anstieg der Umlage vom Haushaltsentwurf 2026 (blaue Linie) zum Haushaltsentwurf 2027 (rote Linie) erkennen. Auch diese Entwicklung haben wir im vorliegenden Entwurf berücksichtigt! Aber ich sage auch: Umlageerhöhungen des Kreises von heute, sind die Steuererhöhungen in den Städten und Gemeinden von morgen!

Diese Misere ist maßgeblich durch die fehlende Finanzierung der Landschaftsumlage beeinflusst und damit der Landesregierung zuzuschreiben. Um zu verstehen, wie weit Düsseldorf sich von der Realität an der Basis hier bei uns entfernt hat, lohnt ein Blick auf das laufende Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes NRW. Dort läuft eine Klage gegen die unzureichende Umsetzung des Bundesgesetzes zu den Kosten der Eingliederungshilfe durch das Land.

Während der mündlichen Verhandlung verwiesen die Vertreter des Landes darauf, dass es sich bei den Mehrkosten lediglich um 2 Prozent handeln würde und die solle man doch bitteschön über die Umlagehaushalte eintreiben![6] So war es der Berichterstattung zu entnehmen. Nur 2 Prozent? Die berühmten Peanuts also?

Seit dem Jahr 2016 sind die Kosten nur bei unserem Landschaftsverband, dem LWL, von 3 Milliarden Euro auf nun sage und schreibe 5 Milliarden Euro angewachsen und die Eingliederungshilfe macht davon alleine 75 Prozent aus. Hier kommt die berühmte Konnexität ins Spiel – Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!

Wenn wir unseren Haushalt von den unterfinanzierten Kosten der Produktgruppe 03 (Schulträgeraufgaben) und Produktgruppe 06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) entlasten

---

[5] Grafik: Stadt Gronau

[6] Westfälische Nachrichten, „NRW-Gericht entscheidet im Dezember über Eingliederungshilfe“, 10.11.2026

würden und die Kosten endlich vom Land getragen würden, wo sie meiner Meinung nach hingehören, dann sähe unser Haushalt so aus:

Haushaltsparameter 2027

Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals

Status Quo: fiktiver Ausgleich im Produktbereich 06 und 03

Bilanzposten	HHJ 2025	HHJ 2026	HHJ 2027	HHJ 2028	HHJ 2029	HHJ 2030
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	€	€	€	€	€	€
Allgemeine Rücklage	62.016.276	53.171.259	50.331.552	50.331.552	50.331.552	50.331.552
Eigenkapitalerhöhung durch Altschuldenentlastung (ASEG NRW)	0	918.093	0	0	0	0
Allgemeine Rücklage (Summe)	62.016.276	54.089.352	50.331.552	50.331.552	50.331.552	50.331.552
Sonderrücklagen	0	0	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	21.672.587	0	0	16.240.855	39.531.253	64.964.432
Jahresergebnis	-30.517.604	-3.757.800	-33.206.062	-25.310.387	-23.067.217	-21.102.072
fiktiver Ausgleich im Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben)	0	0	14.793.761	13.726.043	13.776.342	13.325.095
fiktiver Ausgleich im Produktbereich 06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0	0	34.653.156	34.874.742	34.724.054	34.829.335
Jahresergebnis nach fiktivem Ausgleich	-30.517.604	-3.757.800	16.240.855	23.290.398	25.433.179	27.052.358
Summe Eigenkapital	**53.171.259**	**50.331.552**	**101.225.563**	**124.737.547**	**150.020.038**	**177.177.677**
Verrechnung mit der allg. Rücklage	-8.845.017	-3.757.800	0	0	0	0
	-14,26%	-6,95%				

[7]

Sie sehen, unsere Negativergebnisse würden sich in Positivergebnisse umkehren! Selbst wenn das Land zur Hälfte seiner Konnexitätsverpflichtung nachkommen würde, hätten wir keinerlei Finanzprobleme! Wir machen also wahrlich genug für unsere Kinder, während das Land sich aus der Verantwortung zieht und offenbar nicht einmal ein Problem erkennt. Ich hoffe darum sehr auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofes am 08. Dezember. Wenn diese Ungerechtigkeit nicht beendet wird, werden alle Kommunen in NRW langsam ausbluten bis nichts mehr übrig ist.

Nächstes Jahr steht ja die Landtagswahl an und ich werde sicherlich keine Wahlempfehlung abgeben - denn das steht mir nicht zu - aber ich persönlich werde alle Bewerberinnen und Bewerber fragen, wie sie gedenken mit dieser Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte umzugehen und danach meine Wahl treffen.

Dennoch können wir die Verantwortung nicht einfach nach oben weiterreichen.

So berechtigt unsere Forderungen nach einer besseren kommunalen Finanzausstattung sind: Sie entbinden uns nicht davon, hier vor Ort unsere eigenen Hausaufgaben zu machen und genau deshalb müssen wir jetzt konsequent handeln.

Meine Damen und Herren des Rates,

ich weiß, dass die schwierige Haushaltslage auch Sie beschäftigt und ich weiß, dass es in diesem Rat einen breiten Konsens darüber gibt, dass wir sparen müssen. Damit befinden Sie sich übrigens in bester Gesellschaft mit der deutlichen Mehrheit der Bevölkerung: Im aktuellen Politbarometer vom 13 November sprachen sich 5 Prozent der Befragten für Steuererhöhungen aus, 10 Prozent für neue Schulden und die große Mehrheit von 60 Prozent für Sparmaßnahmen.

[7] Grafik: Stadt Gronau

Darüber gibt es offenbar einen breiten Konsens, jedenfalls solange wir ganz allgemein über das Sparen sprechen. Schwieriger wird es, wenn aus diesem allgemeinen Bekenntnis eine konkrete Entscheidung werden soll. Wenn es nicht mehr darum geht, irgendwo zu sparen, sondern genau hier:

Bei diesem konkreten Projekt!

Bei dieser konkreten Ausgabe!

Bei zusätzlichen Wünschen und Leistungen!

Dann finden sich schnell gute Gründe, warum ausgerechnet diese eine Einsparung doch nicht möglich sein soll. Ich kann das menschlich verstehen, denn hinter jeder Entscheidung stehen Interessen, Erwartungen und Menschen, denen man erklären muss, warum etwas nicht geht.

Und natürlich möchte niemand den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass ein gewünschtes Projekt nicht umgesetzt werden kann, aber genau das gehört inzwischen zu unserer Verantwortung. Wir können nicht bei jeder einzelnen Ausgabe so entscheiden, als wäre sie die einzige, über die wir heute zu befinden haben. Das hat uns nämlich genau dahin geführt, wo wir heute stehen.

Denn am Ende ergibt sich aus all diesen Einzelentscheidungen ein Gesamthaushalt und der muss funktionieren und generationengerecht sein.

Es reicht also nicht, beim Sparen immer grundsätzlich dafür zu sein – und im konkreten Fall dann doch wieder dagegen.

Das gilt unabhängig davon, welche Fraktion einen Vorschlag macht oder welche Mehrheit sich gerade für eine Entscheidung findet. Wir haben in diesem Rat wechselnde Mehrheiten. Das gehört zur kommunalen Demokratie und ist völlig in Ordnung.

Aber die finanzielle Verantwortung bleibt dieselbe - ganz gleich, wer gerade für welche Ausgabe stimmt. Und deshalb wünsche ich mir für die kommenden Haushaltsberatungen eines ganz besonders: Dass wir nicht nur bei den allgemeinen Forderungen nach Haushaltsdisziplin Einigkeit zeigen, sondern auch dann, wenn diese Disziplin konkrete Entscheidungen verlangt.

Verehrte Ratsmitglieder,

aus all diesen Gründen möchte ich Ihnen heute einen weiteren, aus meiner Sicht entscheidenden Vorschlag machen:

Ich schlage vor, dass die Stadt Gronau freiwillig in die Haushaltssicherung geht.

Und zwar jetzt! Nicht erst dann, wenn uns die finanzielle Entwicklung keine andere Wahl mehr lässt. Nicht erst dann, wenn wir auch mit größten Anstrengungen keinen fiktiven Haushaltsausgleich mehr erreichen können und nicht erst dann, wenn wir gezwungen sind, unter deutlich schwierigeren Bedingungen und mit erheblich weniger Gestaltungsspielraum zu reagieren. Ich weiß, dass das zunächst widersprüchlich erscheinen mag, denn wir legen einen Haushalt vor, der noch einmal fiktiv ausgeglichen ist und gleichzeitig schlage ich vor, freiwillig den Weg der Haushaltssicherung einzuschlagen.

Aber genau darin liegt der entscheidende Punkt:

Wir sollten handeln, solange wir noch selbst entscheiden können, wie wir handeln wollen!

Denn wenn wir jetzt einen konsequenten Konsolidierungskurs einschlagen, können wir weiterhin Prioritäten setzen. Wir können bewusst entscheiden, welche Leistungen für das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt unverzichtbar sind. Wir können Veränderungen

vorbereiten, statt sie irgendwann überstürzt umsetzen zu müssen und wir können versuchen, gerade die freiwilligen Leistungen zu bewahren, die für unsere Stadt wichtig sind.

Wenn wir dagegen warten, bis uns die finanzielle Entwicklung zum Handeln zwingt, wird dieser Spielraum immer kleiner. Dann geht es irgendwann nicht mehr darum, wie wir unsere Stadt gestalten wollen, dann geht es nur noch darum, welche Ausgaben wir überhaupt noch leisten dürfen.

Und genau das möchte ich verhindern.

Deshalb sollten wir jetzt den Mut haben, freiwillig einen verbindlichen Konsolidierungskurs einzuschlagen. Auch um uns Selbstdisziplin aufzuerlegen, denn leider ist es vom Moment der Erkenntnis oftmals noch ein langer Weg bis zu konkreten Handlungen und dieser Weg ist gepflastert mit einer Vielzahl von Halbsätzen, die mit **„Aber“** beginnen und in der Entscheidungslosigkeit enden.

Das ist aus meiner Sicht auch kein Zeichen der Kapitulation, sondern ein Zeichen politischer Handlungsfähigkeit. Als gemeinsames Bekenntnis, dass wir die Lage erkannt haben und bereit sind, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und als klare Verpflichtung, künftige Ausgabenentscheidungen an unserer tatsächlichen finanziellen Leistungsfähigkeit auszurichten.

Selbstverständlich ist der Haushaltsentwurf - den ich heute vorlege - nicht in Stein gemeißelt.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir damit der Aufgabe nachgekommen sind einen verantwortbaren Vorschlag zu erarbeiten. Aber die Entscheidung über den Haushalt liegt bei Ihnen als gewählte Volksvertreter. Sie beschließen die Haushaltssatzung. Sie entscheiden über die politischen Prioritäten. Sie können Einsparvorschläge verändern, zurücknehmen oder andere Schwerpunkte setzen.

Das ist nicht nur Ihr gutes Recht, sondern sogar Ihre Pflicht als gewählte Vertreterinnen und Vertreter unserer Stadt und offenbar sind wir damit wirklich die letzte Haltelinie um finanzielle Fehlentwicklungen aufzuhalten.

Das ist übrigens auch keine Frage politischer Weltanschauung. Das ist eine Frage finanzieller Verantwortung.

Kommen wir zum letzten Schritt meines mehrstufigen Verfahrens, welches ich Ihnen dargelegt habe: Ehrliche Bewertung der Einnahmenseite als Ultima Ratio, oder auf gut deutsch – Steuererhöhungen!

Ich habe mich bei der Aufstellung dieses Haushaltsentwurfs ganz bewusst gegen zusätzliche Steuererhöhungen entschieden, da ich weiß, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereits heute erhebliche finanzielle Belastungen tragen. Ich weiß, dass auch unsere Unternehmen in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld bestehen müssen, auch wenn wir gerade 11,4 Millionen Euro Steuern zurückzahlen mussten.

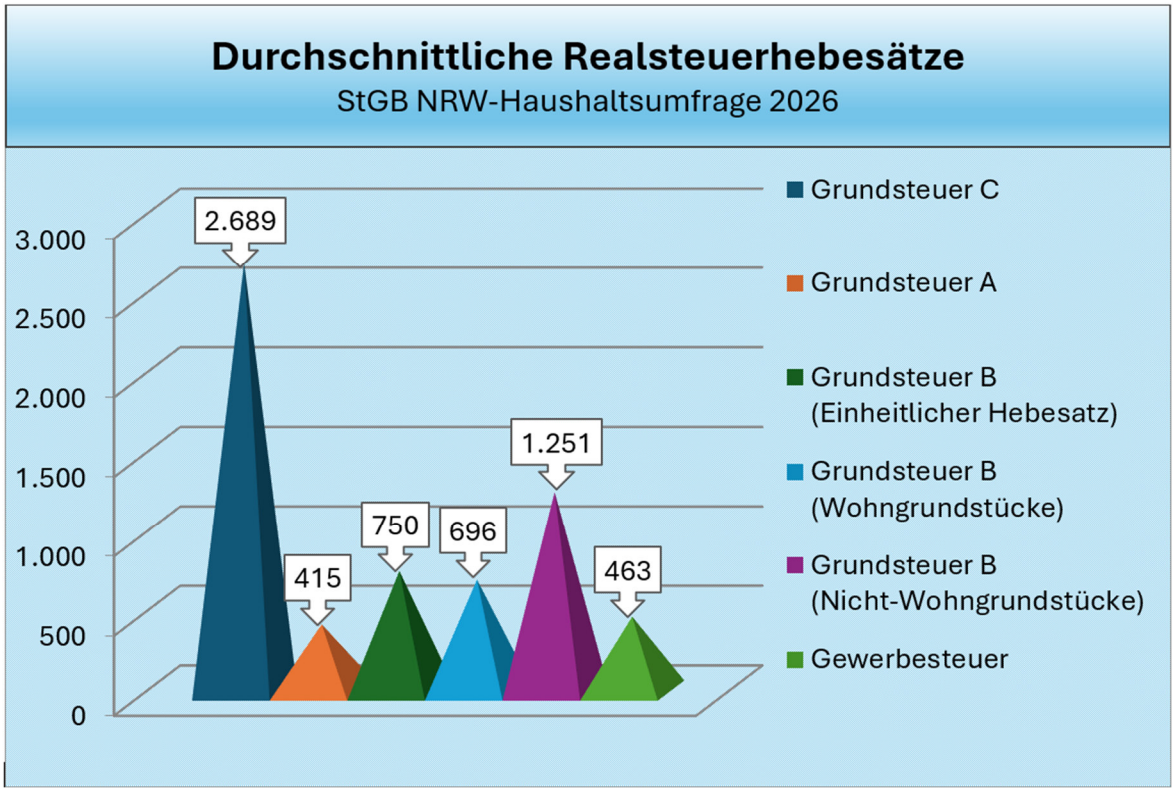
Deshalb wollen wir weder die privaten Haushalte noch unsere Betriebe über das notwendige Maß hinaus zusätzlich belasten. Wir orientieren uns bei den Steuerhebesätzen weiterhin an den entsprechenden Vorgaben und Referenzwerten des Landes. Das heißt konkret: wir müssen 4 Punkte bei der Grundsteuer B1 anheben von 504 auf 508 v.H. und bei der Grundsteuer B2 von 1.068 auf 1.076 v.H., was 8 Punkten entspricht. Grundsteuer A und Gewerbesteuer bleiben auf dem Niveau des laufenden Jahres 2026.

Für alle Freunde der Statistik oder manch eifrigen und geschätzten Leserbriefschreiber aus Epe, bedeutet diese Übernahme der Vorgaben aus dem aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetz natürlich eine Erhöhung, aber unter den GFG-Sätzen zu bleiben, oder Steuern zu senken, ist derzeit absolut keine Option. Das gilt übrigens für den

Bund und das Land genauso meiner Meinung nach und jeder, der Ihnen etwas anderes erzählt, versucht Ihnen ein **X für ein U** vorzumachen!

Tatsächlich sind wir mit unseren Steuersätzen im NRW weiten Landesvergleich noch deutlich unter den Mittelwerten. Hier sehen Sie die durchschnittlichen Realsteuerhebesätze laut der Umfrage des Städte- und Gemeindebundes im Jahr 2026:

[8]



Konkret bedeutet das für Gronau und Epe:

Grundsteuer A ca. 17 Prozent **unter** dem Mittelwert.

Grundsteuer B1 ca. 27 Prozent **unter** dem Mittelwert.

Grundsteuer B2 ca. 14 Prozent **unter** dem Mittelwert.

Gewerbesteuer ca. 5 Prozent **unter** dem Mittelwert.

Grundsteuer C wird **nicht** erhoben.

Aber ich möchte, dass wir uns über die Konsequenzen im Klaren sind:Wenn wir auf zusätzliche Steuereinnahmen verzichten wollen, müssen wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Ich halte es für vollkommen legitim, wenn Ratsmitglieder der Auffassung sind, dass bestimmte Leistungen oder Projekte zusätzliche finanzielle Mittel rechtfertigen, aber dann müssen sie auch bereit sein, die Konsequenzen dieser Entscheidung zu vertreten und diese ehrlich der Bürgerschaft gegenüber vertreten.

---

[8] Grafik: Städte- und Gemeindebund NRW, Städte- und Gemeinderat 9-10/2026, „Kommunen am Limit: Ergebnisse der aktuellen Haushaltsumfrage.

Was nicht geht, ist, den Menschen gleichzeitig zu versprechen, dass wir sparen, dass wir auf nichts verzichten und dass sie dafür keinen Cent mehr bezahlen müssen. Das wäre nicht verantwortungsbewusst, sondern unredlich!

Nun habe ich Ihnen eine Menge Zahlen und Fakten präsentiert und einen Weg, von dem ich glaube, dass wir so gemeinsam aus der Misere herauskommen. Und ich möchte eine Sache ausdrücklich sagen: Unsere Stadt ist trotzdem gut aufgestellt, denn wenn das nicht so wäre, würden nicht Menschen von außerhalb an unsere Stadt glauben. Menschen wie die Familie Bruno Kleine, welche Millionen in einen neuen Standort am Berliner Platz investieren, Menschen wie Herr Groenewold, der Millionen für das Hotel **The Meadow** neben dem Rockmuseum investiert.

Vielleicht täte es uns gut, es diesen Menschen gleichzutun und mehr an uns selbst und an unsere Stadt zu glauben. Wie es übrigens Herr Nergiz offenbar macht. Zu seinen Plänen für das ehemalige BSG-Gelände kommen wir ja gleich noch im Laufe der Sitzung.

Ein Haushaltsentwurf besteht vielfach aus Zahlen und Tabellen, aber dahinter stehen Menschen. Menschen, die in den vergangenen Monaten mit großer Ernsthaftigkeit daran gearbeitet haben, diesen Haushalt aufzustellen. Die ihre eigenen Aufgaben kritisch überprüft haben und die bereit waren, Gewohntes infrage zu stellen, weil sie die zwingende Notwendigkeit verstanden haben.

Ich möchte mich deshalb ausdrücklich beim Verwaltungsvorstand, bei der Kämmerei und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus bedanken, die daran mitgewirkt haben. Sie haben in den vergangenen Monaten unter schwierigen Bedingungen eine Menge geleistet!

Ich möchte auch ganz persönlich sagen, dass mich diese Bereitschaft, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, in meinem ersten Amtsjahr sehr beeindruckt hat und ich weiß, dass wir gemeinsam die anstehenden Herausforderungen mit dieser Haltung meistern werden.

Wir haben uns damit unserer Verantwortung gestellt. Wir haben schwierige Entscheidungen vorbereitet und Ihnen als Rat dadurch die Handlungsfähigkeit ermöglicht, welche Ihnen zu Recht zusteht. Ich wünsche Ihnen gute Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.